

**Geschäftsstelle:**  
Franz-Mehring-Platz 1  
10243 Berlin

**Kommunikation:**  
Telefon 030 / 4216280  
Telefax 030 / 4216279  
E-Mail [kontakt@owus.de](mailto:kontakt@owus.de)  
Homepage [www.owus.de](http://www.owus.de)

**Vorstandsvorsitzender:**  
Dr. Rolf Sukowski

**Geschäftsführendes  
Vorstandsmitglied:**  
Bernd Mewes

**Vereinsregistergericht:**  
Berlin-Charlottenburg  
Vereins-Reg.-Nr. 1973 NZ

Berlin, 11. Januar 2013

### Presseerklärung

mit großer Aufmerksamkeit hat der OWUS Dachverband e.V. den heute veröffentlichten Beschluss der Bundestagsfraktion DIE LINKE "Sozialstaat für Selbstständige, Freiberuflerinnen und Freiberufler – Grundsätze" zur Kenntnis genommen. Diese Grundsätze entsprechen in wesentlichen Teilen den von unserem Verband seit einigen Jahren erhobenen Forderungen nach einer verbesserten sozialen Absicherung insbesondere von kleinen und mittleren Unternehmern. Auch diese Unternehmer sind schutzbedürftig und dürfen nicht außerhalb der Solidargemeinschaft stehen. Selbst die Bundesregierung hat inzwischen erkannt, dass hier Handlungsbedarf besteht.

Die Einbeziehung in die Sozialsysteme ist zwar teilweise bereits heute gewährleistet, jedoch zu deutlich schlechteren Bedingungen wie dies bei Arbeitnehmern der Fall ist. Wir erinnern in diesem Zusammenhang an Mindestbeiträge, die nicht der realen Einkommenssituation entsprechen. Über ein Drittel der Einpersonenernehmen (Solo-Selbstständige) haben ein monatliches Einkommen von unter 1.000 EUR, mit hohen Mindest- oder Pauschalbeiträgen ist ihnen nicht geholfen, da sie damit wirtschaftlich überfordert sind. So haben seit Einführung der Krankenversicherungspflicht im Jahre 2009 viele Selbstständige Schuldenberge aufgehäuft und werden dazu noch mit Wucher-Säumniszuschlägen von 5% pro Monat belastet. Wir fordern eine zeitnahe Verbeitragung entsprechend der tatsächlichen Gewinnsituation. Auch ein Unternehmer ist nicht vor Arbeitslosigkeit gefeit, deshalb muss auch in diesem Bereich ein Schutz gewährleistet sein.

Dass es bei entsprechendem politischen Willen praktikable Lösungen geben kann zeigen die gesetzlichen Regelungen in Österreich. Auf Druck der österreichischen Wirtschaftskammer sind eine Reihe von Maßnahmen getroffen worden, die eine soziale Absicherung von Unternehmern gewährleisten. Dies sollte auch in der Bundesrepublik Deutschland möglich sein!

Die Bundestagsfraktion DIE LINKE will in einen umfassenden Dialog mit den betroffenen Unternehmern treten, um die heute veröffentlichten Grundsätze sowie weitere Fragen mit ihnen gemeinsam zu diskutieren und einer Entscheidung zuzuführen. Der OWUS-Dachverband sowie seine Landesverbände sind dazu bereit.



Dr. Rolf Sukowski

Vorsitzender des Vorstands